

Beschluss am 4. Sitzungstag zur Wahl für eine konstituierende Nationalversammlung am 19. Januar 1919

Die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung finden am Sonntag, den 19. Januar 1919, statt.

Stenographischer Bericht des 1. Reichsrätekongresses S. 141 Sp. 282

Beschluss am 5. Sitzungstag zur Sozialisierung:

»Vorsitzender Leinert: Wir kommen zur Abstimmung. Ich werde in der Weise abstimmen lassen, dass ich zunächst über den Antrag Lüdemann und Severing abstimmen lasse, der lautet: Der Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte beauftragt die Regierung, mit der Sozialisierung aller hierzu reifen Industrien, insbesondere des Bergbaus, unverzüglich zu beginnen. Wird der Antrag angenommen, dann ist der Antrag Geyer im ersten Teil erledigt. Der zweite Teil und ein Antrag, eine EntschlieÙung anzunehmen, die sich auf die Heimstätten bezieht, sollte dann der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen werden. Ich bitte diejenigen, die den Antrag Lüdemann und Severing, den ich verlesen habe, zustimmen wollen, sich zu erheben. (Geschieht). Der Antrag ist mit großer Mehrheit angenommen. (Rufe: Gegenprobe!). Wenn ich sehe, dass noch einige sitzen, genügt es doch vollkommen, zu sagen, dass der Antrag gegen einige Stimmen angenommen ist. (Zurufe: Uns interessiert zu wissen, wer dagegen gestimmt hat!) Ich bitte also diejenigen, sich zu erheben, die gegen den Antrag stimmen wollen. (Rufe: Einstimmig!) Sie können doch dadurch, dass diejenigen, die dagegen stimmen, sitzen geblieben sind, nicht erklären, dass der Antrag einstimmig angenommen wäre. Wenn die Herren dafür stimmen wollten, hätten sie aufstehen können. Damit ist der erste Absatz der Resolution Geyer und Genossen erledigt. Wir kommen zum zweiten Absatz dieses Antrags. »Bis zu deren Durchführung wird für alle Bergleute ein Mindestlohn gesetzlich festgelegt. Die Arbeitszeit darf von Beginn der Einfuhr bis zur Beendigung der Ausfuhr 8 Stunden täglich nicht überschreiten.««

Dieser zweite Absatz der Resolution Geyer und Genossen und der Heimstättenantrag wurden an die »Regierung zur Berücksichtigung« überwiesen; zitiert nach: Stenographischer Bericht des 1. Reichsrätekongresses S. 172 Sp. 344